

CONV 412/02

WG VII 13
WG VIII 17

ZUSAMMENFASSUNG

des	Sekretariats
für	die Gruppe VII (Außenpolitisches Handeln) und die Gruppe VIII (Verteidigung)
Betr.:	Zusammenfassung der Sitzung vom 14. November 2002

Beratungsergebnisse

1. Gedankenaustausch über zivile und militärische Aspekte der Krisenbewältigung

- Der Vorsitzende eröffnete die Beratungen, indem er begrüßte, dass sich beiden Gruppen die Gelegenheit bietet, zusammenzukommen und zu erörtern, wie ein kohärentes Konzept für die Krisenbewältigung verfolgt werden kann. Er wies darauf hin, dass sich die Gruppe "Verteidigung" bereits in einer früheren Sitzung speziell mit den Verteidigungsaspekten im Zusammenhang mit diesem Thema befasst hatte. Er schlug vor, die Beratungen ausgehend von den Fragen in dem einleitenden Dokument zu führen, das an die Mitglieder beider Gruppen verteilt worden war (Arbeitspapier 16).
- Eine Reihe von Rednern betonte, dass der Wert der Aktion der EU darin liege, dass sie sich auf eine breite Palette an Instrumenten stützen könne. Um einen wirkungsvollen Einsatz dieser Instrumente zu gewährleisten, sei ein kohärentes Konzept für die Krisenbewältigung unbedingt erforderlich. Nach Auffassung einiger Mitglieder ist ein solches Konzept von der Schaffung einer einheitlichen institutionellen Struktur abhängig. Andere würden es vorziehen, die bestehende Zusammenarbeit zu verbessern. Mehrere Mitglieder vertraten die Ansicht, dass der Rat die zentrale Aufgabe bei der allgemeinen politischen Kontrolle der Krisenbewältigung wahrnehmen sollte, obwohl auch angemerkt wurde, dass der Rat die bestehenden Vorrechte der Kommission nicht einschränken dürfe. Ein Redner meinte, dass die Wirksamkeit der Krisenbewältigung durch eine Reform des Systems der Ratspräsidentschaft erhöht würde.
- Mehrere Redner forderten organisatorische Verbesserungen im Zentrum, verbunden mit mehr Kohärenz vor Ort. Es wurde insbesondere auf die Bedeutung der Sonderbeauftragten hingewiesen.

- Aus Sicht vieler, die das Wort ergriffen, sollte das PSK als Anlaufstelle im Bereich der Krisenbewältigung dienen. Es sollte als Beratungsgremium und Verbindungsstelle fungieren, die dem Rat Informationen bereitstellt. Mehrere Redner hoben hervor, welche Vorteile es hätte, wenn im Krisenfall der Hohe Vertreter den Vorsitz im PSK übernehmen würde.
- Insgesamt erhielt der Gedanke, die Rolle des Hohen Vertreters bei der Krisenbewältigung zu stärken, beträchtliche Zustimmung, wenngleich festgestellt wurde, dass bei dieser Frage das Ergebnis der umfassenderen Beratungen über die künftige Rolle und die Zuständigkeiten des Hohen Vertreters berücksichtigt werden müsse. Einige Mitglieder forderten, dass der Hohe Vertreter den außenpolitischen Teil der Tagungen des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) sowie der Sitzungen des PSK leitet. Außerdem wurde angeregt, dass der Hohe Vertreter befugt sein sollte, Optionen für die Maßnahmen der EU in Krisenbewältigungssituationen vorzuschlagen.
- In Bezug auf die Finanzierung unterstrichen mehrere Redner, dass die Finanzierung von Krisenbewältigungseinsätzen flexibel und zügig erfolgen müsse. Einige Mitglieder betonten, dass Krisenbewältigungseinsätze so weit als möglich aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert werden müssten, wenn auch mit verbesserten Verfahren (wie z. B. der Rückgriff auf einen Reservefonds), um eine rasche Auszahlung zu ermöglichen. Auch der Vorschlag, einen Anfangsfonds für die Finanzierung der ersten Phasen eines Krisenbewältigungseinsatzes einzurichten, erhielt einige Unterstützung. Mehrere Redner warnten vor derartigen Fonds, da sie aus den normalen Verfahren der Haushaltskontrolle herausfallen könnten.
- Darüber hinaus wurden mehrere andere Punkte behandelt. So wurde zu bedenken gegeben, dass für Krisenbewältigungseinsätze eine Resolution des VN-Sicherheitsrates erforderlich sein könnte, während dies anderen Meinungen zufolge vielfach nicht nötig sein dürfte. Ein Redner forderte Maßnahmen einschließlich Sanktionen, um die Einhaltung der gemeinsamen EU-Standpunkte durch die Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Außerdem wurde eine angemessene parlamentarische Kontrolle von Krisenbewältigungseinsätzen gefordert, an der die nationalen Parlamente und das EP beteiligt sein sollten.

2. Anhörung des Kommissionsmitglieds Chris Patten

[Der Beitrag von Kommissionsmitglied Patten ist als Arbeitspapier 29 an die Mitglieder der Gruppen VII und VIII verteilt worden]

- Das Kommissionsmitglied Patten nahm kurz Stellung zu mehreren Punkten, die in der allgemeinen Diskussion von Rednern angesprochen waren, die nach ihm das Wort ergriffen hatten. Er teilte insbesondere die Auffassung, dass rechtzeitig angemessene Mittel für die Finanzierung von Krisenbewältigungseinsätzen bereitgestellt werden müssen, und meinte, dass dies im Rahmen des Gemeinschaftshaushalts geschehen könne. Er stimmte auch dem Erfordernis einer angemessenen Rechenschaftspflicht zu und empfahl, auf den bestehenden informellen Sitzungen der Vertreter der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments aufzubauen. Er befürwortete eine starke Rolle des PSK, wenngleich er bedauerte, dass dieses ursprünglich nicht auf der Ebene der Politischen Direktoren gebildet worden war. Er erklärte, er werde ein gesondertes Kapitel über die Verteidigung im Vertrag unterstützen, sofern es genügend Substanz besitze. Seiner Meinung nach kann das Einstimmigkeitsgebot in der GASP in einer erweiterten Union nicht fortbestehen; deshalb müsse man prüfen, wie eine stärkere Anwendung der BQM gefördert werden könne.

- Der Vorsitzende stellte abschließend fest, dass beide Gruppen das Ziel unterstützen, die Kohärenz bei der Krisenbewältigung - verknüpft mit einer vollwertigen Rolle für die zivilen Instrumente - zu gewährleisten. Ebenso sei ein breiter Konsens darüber erzielt worden, dass die Rolle des künftigen Hohen Vertreters sowie des PSK unbeschadet der anderen Institutionen gestärkt werden müsse. Zustimmung habe es auch für eine bessere Koordinierung vor Ort, möglicherweise mit einem verstärkten Rückgriff auf Sonderbeauftragte, gegeben. Es bedürfe eindeutig angemessener Finanzmittel für Krisenbewältigungseinsätze, verbunden mit kohärenten Verfahren des Haushaltsvollzugs, und es sollte über geeignete Methoden zur Finanzierung der Vorbereitungsphasen nachgedacht werden. Die beiden Vorsitzenden würden sich darüber abstimmen, wie gewährleistet werden könne, dass alle diese Aspekte in den Berichten beider Gruppen ihren Niederschlag finden.
-